

NEIN zur Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz“ - NEIN zur Chaos-Initiative



Am 14. Juni stimmen wir über die wahrscheinlich folgenschwerste Initiative der laufenden Legislatur ab. Sie resultiert in einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Die Initiative nimmt wichtige Probleme auf, gefährdet aber Arbeitsplätze, Renten und einen Teil unseres Wohlstandes.

Die Initiative will eine fixe Obergrenze der Schweizer Bevölkerung von 10 Millionen in die Bundesverfassung schreiben. Wenn diese überschritten wird, muss der Bundesrat ohne weitere Volksabstimmung die Personenfreizügigkeit mit der EU aufkündigen. Schon bei 9,5 Millionen muss er Massnahmen ergreifen.

Tatsächlich sind etwa die Wohnungsknappheit, volle Züge und Staus eine Herausforderung. Die Initiative hat aber **3 gefährliche Konstruktionsfehler:**

1 Die **starre Obergrenze** zerstört jede Handlungsfähigkeit. Es gibt einen „Parkhaus-Effekt“: Ist die Obergrenze erreicht, darf niemand mehr einreisen, bevor wieder jemand ausreist oder stirbt, selbst wenn dringender Bedarf nach Pflegefachkräften besteht oder Auslandschweizer zurückkehren wollen. Beim Rennen um die wenigen Zuwanderer haben KMU gegenüber den „Grossen“ schlechte Karten. Die Mitte verlangte einen Gegenvorschlag, der zumindest den Automatismus aufhebt und das Volk vor einer Kündigung nochmals entscheiden lässt. Die Mehrheit im Parlament wollte nicht.

2 Die **Kündigung der Bilateralen Verträge** gefährdet Arbeitsplätze. Durch sie sind Tausende Arbeitsplätze geschaffen worden! Sie macht die Altersrenten unsicherer, weil Zuwanderer seit Jahren mehr einzahlen als beziehen. Damit steht ein Teil unseres Wohlstandes auf dem Spiel.

3 Die **Kündigung der Verträge von Schengen und Dublin** macht die Schweizer Polizei „blind“, weil plötzlich die wichtigen Fahndungsdaten aus der EU fehlen, die heute zu Tausenden von Verhaftungen führen. Die Kriminellen können sich freuen! Zum anderen werden Rückführungen von Asylbewerbern in EU-Staaten teilweise verunmöglicht. Die Asylzahlen könnten dadurch massiv steigen.

Bessere Alternativen sind, **die Zuwanderung zu steuern** und nicht zu stoppen, das Asylrecht konsequenter durchzusetzen, und vor allem trotz der schweizerischen Anständigkeit eine selbstbewusstere Haltung gegenüber der EU an den Tag zu legen.

Die Initiative gibt auf berechtigte Sorgen falsche und gefährliche Antworten. Die grosse Mehrheit von National- und Ständerat, der Bundesrat, alle grossen Parteien ausser der SVP und die Delegierten der Mitte Schweiz und der Mitte Kanton Solothurn lehnen die Initiative deshalb ab. Auch ich empfehle Ihnen ein klares **NEIN**.



Pirmin Bischof
Ständerat
Solothurn